

Paibacher Zeitung.

Nr. 152. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl.
fl. 11, halbj. fl. 5:50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7:50.

Donnerstag, 6. Juli.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu
4 Seiten 25 kr., größere per Seite 6 kr.; bei älteren
Wiederholungen per Seite 3 kr.

1882.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 16. Juni 1882,

betreffend die dem Pensionsvereine für Landpostbedienstete der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder zu gewährenden Begünstigungen.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen wie folgt:

§ 1. Die Regierung wird ermächtigt, dem zu gründenden Pensionsvereine für Landpostbedienstete der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder vom Jahre 1882 angefangen vorläufig für die Dauer von sechs Jahren eine Subvention bis zur Höhe jährlicher 20,000 fl. aus Staatsmitteln zu Lasten des Postgefäßes zu bewilligen.

Die von den Landpostbediensteten als Ordnungsstrafen eingehobenen Strafgelder sind zur Bedeckung dieser Subvention in erster Linie zu verwenden.

§ 2. Die Kassegeschäfte des Pensionsvereines für Landpostbedienstete können durch die Postanstalt besorgt werden.

§ 3. Die Correspondenz zwischen den Postbehörden einerseits und dem Centralcomité des Pensionsvereines, beziehungsweise dessen Landescomités andererseits, sowie die Correspondenz zwischen dem Centralcomité einerseits und den Landescomités andererseits ist in Pensionsvereins-Angelegenheiten portofrei, muss aber als solche auf der Adressseite bezeichnet sein.

§ 4. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage seiner Auskündigung in Wirklichkeit tritt, sind der Handelsminister und der Finanzminister beauftragt.

Wien, 16. Juni 1882.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p. Dunajewski m. p. Bino m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhten an die Frau Anna Gräfin von Meran das nachstehende Alerhöchste Handschreiben zu richten:

Liebe Gräfin Meran! Die von Ihnen seit einer Reihe von Jahren auf dem Gebiete der Frauenhilfe im Interesse der freiwilligen Sanitätspflege und der Gesellschaft vom rothen Kreuze entwickelte ebenso eifrig und umsichtige wie erfolgreiche Tätigkeit bietet Mir den willkommenen Anlass, Ihnen hiesfür Meinen Dank

und die vollste Anerkennung auszusprechen mit dem Wunsche, daß der Allmächtige Sie noch lange Ihrem segensreichen Wirken erhalten möge.

Wien am 29. Juni 1882.

Franz Joseph m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben zur Restaurierung der Kirche zu Salzburg im politischen Bezirke Zwettl in Niederösterreich eine Unterstützung von 100 fl. aus Allerhöchsten Privatmitteln allernädigst zu bewilligen geruht.

Wien, 4. Juli.

(Orig.-Corr.)

Das „Fremdenblatt“ schreibt: „Der Brünner Gewerbetag verdient die allgemeinste Beachtung aller politischen Kreise. Unstreitig hat die Gewerbefrage, deren sich die Conservativen bemächtigt haben, den Anhang derselben vergrößert und ihnen die Gunst der kleineren Wählerschaft zugewendet, der Kleingewerbetreibenden der niederen Kategorie. Bedeutet diese Eröberung schon gegenwärtig eine nicht unansehnliche Stärkung ihrer Position, so wird ihre Bedeutung erst recht klar zutage treten, wenn die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Fünf-Gulden-Männer erfolgen wird. Die Erringung dieser im Werden begriffenen Wählermassen ist auch unstreitig eine der wichtigsten Tendenzen der Gewerbe-Action und wurde auch in Brünn, wenngleich verhüllt, ausgesprochen. In dem Augenblicke, da die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die am schwächsten besteuerten Wähler erfolgt, bieten die Conservativen ihnen bereits ein Programm, um welches sie sich scharen, haben sie die Fahne bereits entrollt, unter welcher sie sich sammeln können.“

Wir anerkennen unumwunden die Notwendigkeit, die Verhältnisse des Gewerbestandes zu ordnen. Das kleine Gewerbe soll geschützt, soll gegen die Überflutung durch die Fabrication und das Kapital vertheidigt werden. Die Auflösung derselben und ein Arbeiterproletariat würde einer großen sozialen Katastrophe gleichkommen. Wenn in der Landwirtschaft das Aufsäugen des kleinen Grundbesitzes durch die großen Latifundien nur von schweren Nachtheilen für

den Staat begleitet sein kann, so ist auch andererseits das totale Verschwinden des Kleingewerbes vor dem Großhandel und der Massenproduktion nicht minder tief zu beklagen. Die Bestrebungen des Gewerbestandes, welche diese ökonomische Umwälzung hintanhalten wollen, verdienen die volle Aufmunterung, und die geplante Reform der Gewerbe-Ordnung ist ein ernstes Werk, dessen Bedeutung niemanden entgehen kann, allein selbst die aufrichtigsten Freunde des Kleingewerbes werden die Überzeugung nicht unterdrücken, daß die Reform nur auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse angestrebt werden kann.

Zum nicht geringen Theile hängt die Lage des Kleingewerbes von den ökonomischen Verhältnissen überhaupt ab. Wenn der allgemeine Wohlstand steigt, werden auch die Klagen über die traurige Situation des Kleingewerbes minder lebhaft werden. Vor allem aber ist es erforderlich, die Forderungen nicht zu hoch zu spannen und nicht mit Zumutungen aufzutreten, welche die ganze Reform vereiteln und auch die durchführbaren Ideen zu Illusionen machen würden.

Kann nun die Verfassungspartei von sich behaupten, daß sie diese Bewegung zur richtigen Zeit erfaßt hat und ihrer Umwandlung in ein den Conservativen dienliches Agitationsmittel wirksam entgegengetreten ist? Sicherlich nicht. Anfänglich wurde sie ignoriert und erst später wurde sie in den verschiedenen Circularn und Ansprachen an die Wählerschaft berücksichtigt. Die Verfassungspartei unterließ es jedoch, in die Bewegung einzugreifen und ihre eigenen Tendenzen klarzustellen. Sie überließ das Feld den Conservativen und hat damit zweifellos zur Stärkung des Einflusses ihrer Gegner beigetragen. Damit hat sie selbst der Gefahr sich ausgesetzt, das Terrain unter der niederer Schicht der Wählerschaft einzubüßen.

Man soll vom Feinde lernen, sagt ein alter Spruch, und es verdient gewiss Beachtung, wenn Graf Belcredi auf einen Gewerbetag eilt und dadurch nicht allein Propaganda für seine Anträge, sondern auch für seine Partei macht. Nun ist es allerdings möglich, daß die Verfassungspartei mit seinem Programme aufzutreten kann. Sie sieht sich von den Gegnern bereits überflügelt und überläßt diesen eine Action, welche einen großen Theil der Wählerschaft sehr nahe berührt. Die bevorstehende Vermehrung der Wähler bringt andere Pflichten mit sich, Rechenschaftsberichte sind keine austreichenden Mittel, neuen An-

Feuilleton.

Kunst und Herz.

Original-Roman von Harriet Grünewald.

(33. Fortsetzung.)

„Nein!“ entgegnete der Graf kurz und verließ das Waffenzimmer, um sich nach seinen Wohngemächern zu begeben. Er wußte, daß der Brief von Gräfin Sibilla sei, und war daher nicht wenig überrascht, ein kleines, duftendes Billet mit fremder Handschrift zu finden, das nicht einmal einen Poststempel trug. Er öffnete es rasch und las die wenigen Zeilen, die es enthielt: „Berehrter Herr Nachbar! Nicht wahr, für wie unweiblich werden Sie mich halten, daß ich, die Frau, mich zuerst an Sie wende und Ihnen gewissermaßen durch diese Zeilen einen Besuch abstatte. Die trostlose Einsamkeit, die mich umgibt, eine achtzehnjährige Witwe, die Nähe unserer Güter veranlaßt mich dazu, an Sie zu schreiben und Sie zu bitten, bei Ihren einsamen Jagdstreifereien mich einmal zu besuchen, vielleicht morgen nachmittags. Valeska Verbendorfski. Edelweißhof, den 23. Dezember 1870.“

Mit einem leichten Lächeln legte der Graf das Billet auf den Schreibtisch. „Ach, ich soll eine trauernde Witwe trösten!“ Er entzückte sich recht gut, daß knapp am Walde ein ziemlich großer Edelhof stand, dessen Eigentümerin, wie man ihm erzählte, eine junge, seit einigen Monaten verwitwete Frau war; gesehen hatte er dieselbe nur einmal. Es war noch im Spätherbst, sie stand in dem Obstgarten, der vor dem Hause lag. Sie war groß und schlank und in düstere Trauer gewänder gehüllt.

Der Graf saß noch über die junge Witwe und ihr Schreiben nach, als der Diener mit dem Wein erschien.

„Wer hat den Brief gebracht?“ fragte er.
„Ein Knecht aus dem Edelweißhof.“

„Ist die junge Witwe schön?“

„Schön, so schön als die Blume, nach der ihr verstorbener Mann das Gut getauft,“ gab Vladimir zurück.

„Also ein seltenes Edelweiß.“

Petrovitsch entließ den Diener, der wieder verschmiß lächelte: „Der Herr macht, als ob er es nicht wüßte, daß Valeska Verbendorfski schön ist,“ sagte er später zu dem Stallknecht. Dieser wiegte den großen Kopf bedächtig zwischen den breiten Schultern und entgegnete: „Es wäre ja gut, wenn er sie schön, so schön finden möchte, um Hochzeit zu machen, dann hört das saure Leben auf und das süße würde beginnen.“

XIV.

„Wenn mein Auge träumt in euren Zweigen,
Dann seh' ich lichte Bilder lieblich winten
Des Christbaums helle Kerzen wieder blinken
Und mir der Kindheit sel'ge Tage zeigen.“

R. Diez.

Der Weihnachtsmorgen brach an, so grau und düster, als es der vorhergehende Abend war. Petrovitsch saß an dem Frühstückstisch und las eben die Zeitungsblätter durch, als Vladimir ihm einen Brief überbrachte. Diesmal kam er wirklich aus Berlin und war von seiner Jugendgeliebten. Er enthielt, wie immer, glühende Liebesworte und eine heiße, verzehrende Sehnsucht nach einem Wiedersehen.

Der Graf las das Schreiben dreimal durch, endlich flüsterte er vor sich hin: „Ich kann nicht länger zögern, morgen will ich der trostlosen Einöde entfliehen.“

Vladimir trat wieder in das Zimmer mit einigen Weinflaschen, die bisher dem reich bestellten Frühstückstische fehlten. Der Diener blickte seinen Gebieter von der Seite an.

„Gnädiger Herr!“

„Nun?“

„Werden Sie nicht der schönen Witwe im Edelweißhof einen Besuch machen?“

Petrovitsch lächelte. „Wünschest du es so sehr, alter Knabe?“

Über das breite Gesicht Vladimirs flog ein sonniger Ausdruck, endlich einmal war sein Gebieter bei guter Laune.

„Ich meine nur, Sie sollten es thun, um sich die Langeweile zu vertreiben und die Feiertage zu verkürzen.“

„Die Feiertage? Ich werde sie auf der Eisenbahn zurücklegen, denn morgen früh reise ich ab.“

„Sie reisen ab? Ach!“ Vladimir sah recht bestürzt aus. „Wohin?“

„Nach Berlin.“

„D, so weit, da werden Sie Frau Valeska Verbendorfski nicht besuchen!“

„Ist das dein größtes Leid? Mein Alter, tröste dich, ich will heute nachmittags in den Edelweißhof, um wenigstens zu sehen, was du schön nennst.“

„Er kennt Sie wirklich nicht,“ murmelte der Diener vor sich hin, als er durch den Corridor schritt. „Da wird es wohl keine Hochzeit geben und kein süßes Leben, wie der Andrujcha gestern meinte.“

Das Weib des Hirten stand in der niedern Hausthür der kleinen Hütte und spähte nach dem Gatten und dem ältern Buben aus, der mit dem Vater in den Wald gegangen war, Holz zu sammeln, als Petrovitsch den schmalen gangbaren Pfad heraufkam, der knapp an der Hütte vorbei zu dem Gutshof der Witwe führte. Es war bitter kalt, der Schnee knirschte wie brechendes Glas unter seinen Tritten, während ein starker Nordwind das schwere Gewölke etwas zu lichten begann.

(Fortsetzung folgt.)

hang zu gewinnen. Es scheint, dass dies noch nicht zum allgemeinen Bewusstsein gekommen ist. Die Verfassungspartei trägt den neuen Verhältnissen nur ungern Rechnung. Sie ist in Gefahr, den Fünf-Gulden-Männern, wenn sie zur Wahlurne berufen werden sollten, fremd gegenüber zu stehen. Wir constatieren bloß die Thatsachen, und wir werden wenigstens nicht überrascht sein, wenn die neue Wahlreform zu Resultaten führt, welche andere überraschen werden."

Zur Lage.

Die "Neue freie Presse" kann es dem Herrn Finanzminister noch immer nicht verzeihen, dass er wiederholt Papier- und nicht, wie sie es gewünscht hätte, Goldrente emittiert hat. So stimmt sie denn auch in der Nummer vom 4. d. M. darüber, dass österreichische Goldrente um 1-4 Prozent höher notiert, als am Schlusse des Vorjahres, ein gewaltiges Lamento an und erhebt deshalb heftige Vorwürfe gegen den Herrn Finanzminister. Da übrigens das genannte Blatt mit seiner fanatischen Liebhaberei für Goldwährung ganz allein steht und es ihm nicht einmal gelungen ist, in den Kreisen seiner eigenen Partei Proselyten zu machen — bekanntlich sprach sich auch die Linke des Reichsrathes für Emission von Papierrente aus — so halten wir es nicht für nothwendig, auf die heutigen Recriminationen ernstlich einzugehen, und begnügen uns damit, zu constatieren, dass die "Neue freie Presse" von ihrer absonderlichen Goldpassion noch immer nicht curiert ist, und nehmen im übrigen das für den österreichischen Schatzkanzler gewiss schmeichelhafte Bugeständnis des Blattes, es stehe außer Zweifel, dass das Publicum sich der fünfsprozentigen österreichischen Papierrente in stärkerem Maße zuwenden und dass die Classierung des vorhandenen Materials sich nunmehr entsprechend vollziehen wird, mit Besiedigung zur Kenntnis.

Die am 4. d. M. publicierte, den Bau, die Einrichtung und den Betrieb der Theater betreffende Verordnung des Herrn Statthalters von Niederösterreich wird von der Wiener Presse mit großer Begeisterung begrüßt und dem umsichtigen, energischen Vorgehen des Freiherrn v. Possinger volle, rücksichtlose Anerkennung gezollt. So schreibt die "Presse": "Der Herr Ministerpräsident hat seinerzeit im Reichsrath erklärt, „es werde das Menschenmöglichste geschehen, um das Publicum in den Theatern sicherzustellen“, und man wird es nur dankbar anerkennen, dass diese Busage rasch und in ihrem vollen Umfange erfüllt worden ist. Was die menschliche Erfahrung, die Wissenschaft, die neuesten Erfindungen der Technik, der Rathsahrener Fachmänner an Material zum Sicherheitsdienste in den Theatern lieferten, ist bei den Berathungen der Wiener Theatercommission benutzt worden. Freiherr v. Possinger, der mit der ihm eignethümlichen Energie und ausgezeichnetem Sachverständnis die Verhandlungen jener Commission leitete, die Befehle aus allen Ländern herbeischaffte und die Resultate der Berathungen in der wiederholt erwähnten Verordnung zusammenfasste, hat sich durch den Erfolg derselben ein hervorragendes Verdienst um das von ihm geleitete Kronland, speciell um Wien, erworben. In verhältnismässig kurzer Zeit wurde das riesige Material gesichert, benötigt, und aus demselben entstanden Anordnungen, von denen man hoffen darf, dass sie jede Gefahr für das Leben und die Sicherheit des theaterbesuchenden Publicums für alle Zeit beseitigen."

Das "Freudenblatt" citiert die wichtigsten in der Verordnung enthaltenen Bestimmungen und bemerkt: "Wie man daraus ersieht, tragen diese Maßregeln allen Erfahrungen Rechnung und sprechen zweifellos für den Ernst und die Gründlichkeit, mit welcher Baron Possinger die Theaterfrage zu seinem Specialstudium gemacht hat. Aus dem gleichen Grunde und wegen der neuen Controlmaßregeln scheint uns auch die Befürchtung ausgeschlossen, dass etwa auch die neuen Vorlehrungen nur auf dem Papier bleiben. Uebrigens ist dem Publicum die Möglichkeit geboten, selbst die Ausführung der Sicherheitsvorlehrungen zu überwachen."

Die "Vorstadt-Zeitung" sagt: "Statthalter Freiherr v. Possinger gibt sich keineswegs mit den zur Sicherung des theaterbesuchenden Publicums schon erlassenen Verfügungen zufrieden, sondern ist mit anerkennenswerter Energie daran, dem Schlesdrian in diesen Dingen ein- für allemal ein Ende zu machen."

Das "Extrablatt" äußert sich folgendermassen: "Die Verordnung des niederösterreichischen Statthalters dürfte in allen Kreisen der Bevölkerung mit lebhafter Genugthuung begrüßt und weit über die Grenzen unseres Heimatlandes hinaus einer eingehenden Beachtung gewürdiggt werden. Die Verordnung ist bestimmt, alle Lücken, welche, wie wir im vorigen Jahre mit Schrecken erlebt, unsere Sicherheitspolizeilichen Normen in Unbetacht des Theaterwesens aufweisen, gründlich zu beseitigen.... Dem Statthalter von Niederösterreich wird es das Theater besuchende Publicum im ganzen Reiche zu danken haben, wenn dasselbe fürderhin mit aller Beruhigung und vollkommener Zuversicht sich wird dem geistigen Genusse der

Bühnenkunst hingeben können. Das Verdienst des Statthalters Baron Possinger, in dieser Richtung bahnbrechend vorangeschritten zu sein, tritt erst dann ins rechte Licht, wenn erwogen wird, mit welch' rastloser Eifer derselbe sich der Bewältigung des riesigen Materials hingegaben, das seinem Werke als Substrat gedient.... So sehen wir die Verheißung, welche Graf Taaffe angesichts des schrecklichen Brandopfers auf dem Schottenring der Volksvertretung ertheilt hat: was menschenmöglich, soll und wird zur Verhütung ähnlicher Katastrophen geschehen — zur That reisen."

Die "Wiener Allgemeine Zeitung" führt aus, es sei kein Zufall, dass überall und auch bei uns in Österreich gerade die extrem nationalen Parteien dem Antisemitismus huldigen, dass vielmehr diese unter den Deutschen Österreichs „glücklicher Weise spärlich vertretene Richtung“ eben nur die lezte Schlussfolgerung des in seiner Schroffheit aufgestellten nationalen Gedankens zieht. Das Blatt sagt diesfalls weiter: „Das ist nur Consequenz, ja wir behaupten, dass in dieser Consequenz der alleinige Unterschied der Couleur Schönerer und der Couleur Herbst liegt. Der Gedankengang ist auf beiden Seiten der nämliche, nur weichen die Nationalen der Richtung Schönerer vor den Endergebnissen ihrer Tendenzen nicht zurück, während die Adepte der Prager Casinopartei auf halber Bahn stehen geblieben sind, ja der Mehrzahl nach selber gar nicht wissen, wohin der Weg eigentlich führt, auf dem sie sich befinden. Gemeinsam ist ihnen die nationale Unduldsamkeit und Vereingenommenheit. Sie verkünden beide den abscheulichen Lehrsatzen, dass außer den Deutschen in Österreich eigentlich bloß eine Rote von Barbaren lebe, mit denen friedlich auszukommen ein Ding der Unmöglichkeit sei.... Diese Melodie klingt in verschiedenen Tonarten aus allen Reden, aus allen Druckschriften hervor.... Das alles wird mit so treuerziger Geberde, mit so biederer Betonung des gefüngstüchtigen Deutschthums vorgebracht, dass der liebe Hörer und Leser, dem man in Österreich das Denken nachgerade so ziemlich abgewöhnt hat, gar nichts Besonderes hinter diesen „selbstverständlichen Wahrheiten“ sucht. Wer sich jedoch die Sache etwas näher überlegt, der muss entsetzt fragen: „Ja, sollen wir denn wirklich nach diesem Recepte handeln, sollen wir versuchen, die Slaven Österreichs um jeden Preis zu germanisieren oder, wenn sich das als unmöglich erweisen sollte, sie auszurotten? Und wenn wir schon das versuchen wollten, haben wir auch die Macht zu solchem Beginnen? Und wenn wir sie nicht haben, was dann? Alle diese Fragen fechten die gemäßigt Verfassungs-treuen nicht an.“

Die "Pol. Corr." schreibt: "Die auf Gerüchten und mehr oder minder glücklichen Combinationen beruhenden Mittheilungen der Tagesblätter über eine geplante Heeres-Reorganisation haben Anlass gegeben, die Kompetenzfrage aufzuwerfen und den beiheiligten Regierungen ein incorrectes Vorgehen in dieser Angelegenheit zu insinuieren. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, dass derzeit eben nur beabsichtigt wird, solche Reformen einzuführen, welche sich im Rahmen der gesetzlich festgestellten Organisation des Heeres im Verordnungs-wege durchführen lassen."

Vom Ausland.

In der letzten Plenarsitzung des deutschen Bundesrates wurde eine Vorlage, betreffend den Abschluss eines Abkommen mit der österreichisch-ungarischen Regierung wegen gegenseitiger Zulassung der in der Nähe der Grenze wohnhaften Medicinalpersonen zur Ausübung der Praxis, dem zuständigen Ausschusse zur Vorberathung überwiesen.

Die französische Abgeordnetenkammer widmete am 1. d. M. der Frage der Gerichtsreform abermals eine Sitzung, die trotz langer Debatte tatsächlich ganz unsfruchtbar blieb. Wie man sich erinnert, hatte die Kammer im Principe entschieden, dass die Unabsehbartkeit der Richter aufgehoben und dass dieselben fortan aus öffentlichen Wahlen hervorgehen sollen. An der Hand dieser beiden Prinzipien sollte der Ausschuss einen neuen Entwurf vorlegen. Hier giengen nun neue Vermittlungs- oder Übergangs-Anträge ein. Girard und de Sonnier schlugen vor, man solle die Unabsehbartkeit bis zur Herstellung einer vollständigen Justizreform suspendieren, so dass in der Zwischenzeit die Regierung nach Gutdünken die Richter absetzen könnte. Corentin Guyho wiederum empfahl, zuerst die Zahl der Richterstellen zu reducieren, und diesem Antrage schlossen sich die Vorstände der Linken, ausschließlich der äußersten Linken, mit der Maßgabe an, dass die Regierung die Gelegenheit benutzen sollte, sich der unbedeutendsten richterlichen Persönlichkeiten zu entledigen. Die Regierung selbst wies aber durch das Organ des Unterstaatssekretärs Barambon vom Justizministerium, unterstützt von den Abgeordneten Ribot und Franc-Chaveau, die ihr dargebotene Waffe als eine solche, welche den richterlichen Beruf im Lande nur discreditieren könne, zurück. Die Anträge Girard und Corentin Guyho wurden schließlich mit 256 gegen 226 Stimmen abgelehnt. Die Unabsehbartkeit des französischen Richterpersonales hat also eine neue Frist

gewonnen, welche bei der Verlegenheit des Ausschusses, eine Lösung zu finden, die auf eine Majorität in der Kammer rechnen könnte, sogar noch ziemlich lange dauern dürfte. — Dem "Temps" wird aus Tunis vom 1. d. M. telegraphiert: "In Tripolis herrscht den mir zugehenden Meldungen nach infolge der egyptischen Ereignisse große Aufregung; in der Regenschaft ist dagegen alles ruhig und im besten Gange." Die bekannte Mittheilung des russischen "Regierungsanzeigers" über die weitere Ergreifung von Staatsverbrechern wird vom "Golos" mit folgenden Worten begleitet: "Die Polizei hat ihre Aufgabe erfüllt: sie hat eine furchtbare Bosheit verhütet. Aber das Gefühl der Freude, das infolge dessen im Augenblick alle erfüllt, wird verbittert durch die Überzeugung, dass wir nach wie vor auf einem Krater leben. Die Russland so nothwendige Ruhe kann nur hergestellt werden unter der Bedingung vollsten Vertrauens der Regierung zur Gesellschaft und der Überzeugung dieser letzteren, dass jene sie fest und sicher aus dem Zustande der Unruhe und Störungen hinausleiten wird."

Ahnlich, nur ausführlicher und auch positiver sprechen sich die "Nowosti" aus. "Die Lebensfähigkeit der Hydra des Aufruhrs — sagt dieses Blatt — ließe sich nur dadurch erklären, dass sie, wie jede andere antisociale Erscheinung, die ihr nothwendigen Lebenselemente eben in der Gesellschaft selbst vorfindet. Das sehe auch die Regierung sehr wohl ein, ebenso wie, dass aus diesem Grunde der Kampf nicht allein mit Polizeimitteln geführt werden könne, die vielmehr nur ein ergänzendes Hilfsmittel bildeten in der Reihe der eine Besserung der allgemeinen Bedingungen des sozialen Lebens anstreben Waffenregeln. Diese Idee liege auch allen Plänen und Handlungen der Regierung in der letzten Zeit zugrunde."

Die Krisis in Egypten.

In Constantinopel hat am 2. d. M. die angekündigte Conferenzsitzung stattgefunden, und für den 5. d. M. wurde ebenfalls eine solche angesetzt, in welcher ein endgültiger Beschluss über die zunächst in Aussicht genommene türkische Intervention in Egypten gefasst werden soll. In den Telegrammen über die Sitzung vom 2. d. M. war gerüchtweise angeführt, dass die türkische Intervention bei einer der Mächte auf Widerstand stoße. Ein Pariser Telegramm der "Kölnischen Zeitung" nennt als diese Macht Frankreich, dessen Bevollmächtigter die Weisung habe, eine türkische Intervention nur unter Beschränkungen zuzulassen, da die französische Regierung immer noch der Ansicht sei, es ließe sich eine militärische Intervention überhaupt vermeiden, wenn der Sultan seine Autorität gebrauchen und Arabi Pascha absetzen wollte, der in Egypten auf eigene Faust Rüstungen betreibt. — Die Pforte, welche bisher in ihrer ablehnenden Haltung gegen die Conferenz beharrt, unter dem Vorbehalt, dass in Egypten die Ordnung eigentlich schon wieder hergestellt sei, dürfte nach verschiedenen Berichten sich bald vor die Wahl gestellt sehen, ob sie die für nothwendig erkannte militärische Intervention in Egypten selbst vollziehen oder aber von den anderen Mächten vollzogen sehen wolle. So heißt es in einer Correspondenz der "Agence Havas": "Wenn also die Türkei, wie man voraus sieht, sich auch weiterhin von dem europäischen Einvernehmen fern hält, so macht man sich in den diplomatischen Kreisen ziemlich allgemein darauf gefasst, dass die Conferenz die bewaffnete Intervention einem gemischten Corps englischer, französischer, italienischer und vielleicht auch griechischer Bataillone, da die Griechen den beträchtlichsten Bestandtheil der europäischen Colonie in Egypten bilden, anvertrauen wird. Es ist dies wenigstens nach den letzten Nachrichten aus Constantinopel der Gedanke, der gegenwärtig vorzuherrschen scheint."

Die englische Regierung setzt, wie der Telegraph von Tag zu Tag berichtet, ihre Vorbereitungen für ein militärisches Einschreiten in Egypten offen fort. Es werden die Reserven eingezogen, Geschüze und Bespannung fertiggestellt, immer neue Kriegs- und Transportschiffe ausgerüstet und nach dem Mittelmeere abgesendet. — Herr Lesseps, eine Autorität in egyptischen Angelegenheiten, nahm zwar am 1. d. M. bei einem Bankett in Dover die Gelegenheit wahr, die Engländer dringend vor einem kriegerischen Einschreiten in Egypten zu warnen, aber seine Worte fanden selbst bei seinen englischen Freunden eine so kalte Aufnahme, dass er dieselben am folgenden Tage beim Bankett des Cobden-Clubs in London nicht, wie er in Aussicht gestellt hatte, wiederholte, sondern lediglich von dem unterseeischen Tunnel zwischen England und Frankreich sprach.

Aus Frankreich wird von gleichen militärischen Vorbereitungen wie in England nicht berichtet; es wird sogar von der "Agence Havas" in Abrede gestellt, dass die Regierung von den Kammern einen Credit von 10 Millionen Francs für eine Expedition nach Egypten verlangen wolle. Der Pariser Correspondent der "Köln. Ztg." erwidert jedoch, das Dementi sei nur insofern richtig, als der Tag der Vorlage noch nicht feststehe, und die "Franz. Corr." be-

merkt, indem sie constatiert, dass das Gerücht von der bevorstehenden Creditsforderung aus Regierungskreisen stammte: "Zwei Dinge stehen außer Zweifel, einmal, dass Frankreich, wenn es von den Plänen die Einladung erhielte, sich an einer bewaffneten Action in Egypten zu beteiligen, sich nicht lange bitten lassen würde, und zweitens, dass diese Action sich ohne einen außerordentlichen Credit nicht ins Werk setzen ließe."

Die am 4. d. M. in Wien eingetroffenen Telegramme über die egyptische Angelegenheit lauten:

Paris, 4. Juli. Nachrichten aus Constantinopel lassen hoffen, dass die Conferenz morgen zu einem Einverständnis über die Bedingungen gelangen werde, welche für die türkische Intervention in Egypten aufzustellen wären.

Petersburg, 4. Juli. Das "Journal de St.-Petersburg" schreibt: Die Conferenz hat Zweierlei erreicht: erstens soll während der Conferenz keine Truppenlandung stattfinden, und zweitens, wenn eine Truppensendung nothwendig wäre, die Conferenz vor allem die souveräne Macht hiezu auffordern. Die Conferenz werde, falls die Pforte ablehne, ein anderweitiges Vorgehen berathen. Die Türkei habe ein Interesse daran, einem Misserfolge der Conferenz vorzubeugen. Ein Misserfolg würde jeder Macht die Actionsfreiheit geben, und würde sich die Türkei die Mission zur Pacification Egyptens entgehen lassen. Die kriegerischen Vorbereitungen Englands bieten keine Gefahr für den Frieden und das europäische Einvernehmen. Die Loyalität der britischen Regierung sei bekannt. Es hänge von der Pforte ab, dahin zu wirken, dass kein europäischer Soldat Egypten betrete. Dies lasse hoffen, dass die Türkei der Conferenz beitreten wird.

Constantinopel, 4. Juli. Gerüchtweise verlautet, dass Veränderungen im Ministerium unmittelbar bevorstehen. Es ist davon die Rede, dass die Pforte wegen der englisch-französischen Rüstungen ein Rundschreiben erlassen soll.

Saatenstands- und Erntebericht des k. k. Ackerbauministeriums nach dem Stande Mitte Juni 1882.

In der ersten Juni-Hälfte herrschte kühle, regnerische Witterung, namentlich war dies in der zweiten Monatswoche der Fall; doch kam es, so weit die Berichte reichen, zu keinem schädlichen Uebermaß der Niederschläge. Hagelschläge stellten sich namentlich in den Alpenländern ein. Die Temperaturerniedrigung war stellenweise bedeutend, so wurden zu Saaden in Böhmen + 1 Grad Celsius, an vielen Orten 4 bis 5 Grad Celsius beobachtet.

In den Alpen lagerte sich auf Seehöhen bis 1000 Meter herunter häufig eine mächtige Schneedecke, so dass iheils der Auftrieb verhindert wurde, theils das schon aufgetriebene Vieh viel zu leiden hatte.

Die Niederschläge wirkten, nachdem die Trockenheit schon allzu lange gedauert hatte, im allgemeinen sehr wohlthätig, obwohl sie für manche in der Blüte begriffene Culturpflanzen auch schädlich waren und für manche andere bereits zu spät kamen.

In der mittleren Zone blühte der Weizen bereits oder trat in Blüte. Es wurde also daselbst durch die starken Regen die Befruchtung häufig gefährdet, besonders in den nicht seltenen Fällen, in welchen die Saaten zugleich gelagert wurden. In der nördlichen Zone (Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Bukowina) hingegen, wo der Weizen erst schössste, kräftigten sich die ohnehin gut gestandenen Weizensaaten bedeutend und erholten sich die schwächeren, so dass ein sehr erfreulicher Stand zu constatieren ist. An der südlichen Zone nahte diese Frucht schon der Reife und sieht meistentheils recht befriedigend.

Roggen stand in der nördlichen Zone und theilweise auch noch in der mittleren in der Blüte und hat also umso mehr gelitten, als auch viel Lagerfrucht zu verzeichnen ist. In dem grösseren Theile der mittleren Zone hingegen, wo die Blüte schon vorbei war, haben sich die Ernte-Aussichten gebessert, beziehungsweise weiters gehoben, und werden namentlich die langen und vollen Aehren von verschiedenen Seiten gerühmt. Mit Rücksicht auf den überall verschiedenen, theils dichten, theils schütteren Stand kann demnach derzeit in der nördlichen Zone nur auf Mittelernten, in der mittleren Zone dagegen auf gute Ernten von dieser Frucht gerechnet werden. In der südlichen Zone ist diese Ernte schon im Zuge und fällt gut aus.

Die Gersten- und Haferarten haben von den Niederschlägen relativ den meisten Nutzen gezogen, da sie derselben besonders bedürftig und verfügt des Vegetationsstadiums — namentlich des Hafers — meistentheils dafür noch genügend empfänglich waren. Doch konnte infolge der Regen auch das durch den bisherigen meist schütteren Stand begünstigte Unkraut sich um so stärker entwickeln, so dass trotz der im allgemeinen sehr wesentlichen Besserung doch für die Gerste nur Mittelernten, bezüglich des Hafers aber nunmehr gut mittlere und gute Ernten erwartet werden können.

Der Mais hat sich von den Frostschäden, so weit er von solchen betroffen war, erholt und steht meistentheils gut, nicht selten, namentlich in Südböhmen, vortrefflich. Nur in einigen Gegenden von Südtirol ist er infolge der Kälte in der Berichtsperiode etwas vergilbt.

Der Raps geht der Reife entgegen und verspricht theils bis gute, theils nur schwach mittlere Ernten.

Über den Flachs liegen nur gute Nachrichten vor, und zwar aus Niederösterreich, Krain, Tirol, Böhmen, Galizien und der Bukowina.

Der Hanf steht in Tirol und Galizien schön.

Der Hopfen hat in der letzten Zeit durch Kälte und Nässe etwas gelitten, was namentlich aus Böhmen berichtet wird, wo sich auch in manchen Gegenden viele Blattläuse zeigen.

Die Kartoffeln haben sich mittelst kräftiger Nachtriebe mit verhältnismässig wenigen Ausnahmen von den Frostschäden vollkommen erholt, haben jedoch gegenwärtig häufig durch Unkraut zu leiden, da die Nässe die Bearbeitung verhindert.

Letzteres gilt auch von den Zuckerrüben und angebauten Futterrunkeln. Der durch den ziemlich häufig lückenhaften Stand nothwendig gewordene Nachbau ist noch etwas weit zurück. Demgegenüber ist ihr Stand in Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich meist ziemlich hoffnungsvoll, minder entsprechend hingegen in Galizien und in den östlichen Theilen von Niederösterreich.

Die Heumahd auf Kleefeldern und Wiesen wurde auch in der nördlichen Zone bereits an vielen Orten begonnen, überall aber, soweit dies der Fall war, sowie auch in der mittleren Zone durch die Regen unterbrochen. In der südlichen Zone hingegen wurde die Heuernte von den Thalwiesen nicht selten bereits geborgen. Diese fiel zwar gut aus, im allgemeinen aber entsprechen die Ernterestultate von den Wiesen, soweit sie bisher beurtheilt werden können, nur den ohnehin sehr geringen Erwartungen. Der Klee liefert zwar etwas bessere, immerhin aber meist nur mittelmässige Ernten. Erfreuliche Ausnahmen bilden die Klee-Ernten in Südböhmen und in einigen Gegenden Niederösterreichs und Böhmens.

Der Wein, welcher mit Ausnahme von Vorarlberg in der mittleren Zone zur Zeit der Regen schon überall in Blüte stand oder trat, hat durch diese allerdings etwas gelitten, in welchem Maße lässt sich noch nicht beurtheilen. Weitgehende Besorgnisse oder Klagen werden indessen in den Berichten bisher nicht geäußert. Es kann somit der in den letzten Berichten gemeldete, im allgemeinen sehr erfreuliche Stand als wenig alteriert angenommen werden. In ganz unbedeutender Verbreitung zeigt sich das Ordium in Südtirol und in Dalmatien, der Brenner in Südböhmen und Südtirol, und tritt der Traubewickler in Niederösterreich und Südtirol auf.

Vom Obst ist in der nördlichen Zone nur hier und da ein minimaler Ertrag zu erwarten. In der mittleren Zone kann das Kernobst noch schwach mittlere Erträge liefern. In der südlichen Zone versprechen die Kastanien eine sehr gute Ernte, während bezüglich des Kernobstes sehr verschiedene, überwiegend ungünstige Aussichten bestehen.

Über die Oliven in Dalmatien liegen gute Nachrichten aus Ragusa vor, während bisher nur minder günstige gemeldet worden waren.

Tagesneuigkeiten.

— (Hofnachricht.) Am 3. d. M. begab sich Se. I. und I. Hoheit Erzherzog Joseph mit dem Abendzuge von Budapest nach Arad. Nach Beendigung der Exercitien drückte Se. I. und I. Hoheit dem Oberstlieutenant Kratochwill die volle Anerkennung über die musterhafteste Ausbildung der Lehrabtheilung aus.

— (Präsident Grévy als Ritter des goldenen Brießes.) Die Ceremonie der Aufnahme des Präsidenten Grévy in den Orden vom goldenen Brieß, zu dessen Ritter er von Sr. Majestät dem König von Spanien kürzlich ernannt worden war, gieng am 1. d. M. im Elysée in den einfachsten Formen vor sich. Der Präsident der Republik sowie seine Pathen, der Herzog von Almudena und der spanische Botschafter Herzog von Fernan-Nunez, und alle sonstigen Mitwirkenden waren in Civil. Der Secretär der spanischen Botschaft zeigte Herrn Grévy an, dass König Alfons XII. ihm diesen höchsten Orden verliehen habe, und fragte ihn, ob er den Orden annehme, sich den mit ihm verbundenen Pflichten und zunächst der Investitur unterziehen wolle. Als Herr Grévy dies bejaht hatte, trat der Herzog von Fernan-Nunez mit dem Ordenshalsbande vor und sprach: "Don Alfons XII., König von Spanien, Chef und Großmeister des Ordens vom goldenen Brieß, ernannt Eu. Excellenz, um Ihnen einen Beweis seiner Hochachtung zu geben, sowie in der Hoffnung, dass Sie den Glanz dieses erlauchten Ordens erhöhen werden, zum Ritter desselben. Der Eid des Ordens ist Ihnen bekannt; nehmen Sie ihn an?" Der Präsident antwortete: "Ich nehme ihn an", und nachdem er das Haupt ein wenig geneigt hatte, legten ihm die beiden Pathen die Insignien an. Ein Protokoll wurde aufgenommen, und damit war der Act beendet.

— (Wölfe im Sommer.) Das kön. ungarische Ministerium des Innern hat mehreren Gemeinden des Csíker Comitates, die sich um die Bewilligung, Treibjagden auf Wölfe und Bären zu veranstalten zu dürfen, beworben, diese Bewilligung ertheilt. In diesem Monate ist bereits ein Dutzend solcher Bewilligungen ertheilt worden.

— (Frequenz auf der Gotthardbahn.) Die neuesten Berichte über den Verkehr auf der Gotthardbahn lauten sehr günstig. Der Reisenden- und Güterverkehr ist sehr bedeutend, und zwar sowohl auf den Localzügen als auf den directen Zügen mit internationalem Anschluss. Lugano, das durch die Gotthardbahn besonders gewonnen hat, ist mit Fremden bereits überfüllt. Für den Güterverkehr müssen schon jetzt besondere Bütte eingerichtet werden.

Locales.

— (Aus dem Gemeinderathe.) Anwesend 19 Gemeinderäthe. Der Bürgermeister nominiert zu Verificatoren des heutigen Sitzungsprotokolles die GRM. Dr. Deré und Deschmann. Der Bürgermeister theilt das Schreiben des Landesausschusses an den Stadtmaistrat mit, in welcher ersterer mittheilt, die Feier der 600jährigen Vereinigung Krains mit dem Hause Habsburg werde am 11. Juli 1883, als am Tage der Huldigung, gefeiert werden, und es haben Se. I. und I. Apostolische Majestät Kaiser Franz Joseph Alerhöchststein Erscheinen beim Feste in Aussicht gestellt. Der Landesausschuss ersucht den Magistrat, dem lohalen Feste, welches zumeist in der Landeshauptstadt gefeiert werden wird, die vollste Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bürgermeister bemerkt, er werde das Schreiben auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen. Der Bürgermeister theilt weiters mit, dass der Vertreter der Verzehrungs-Steuerpachtung Herr Deleva erklärt habe, der Stadtgemeinde die bisherige Pachtsumme auch weiterhin bezahlen zu wollen, ohne Rücksicht darauf, ob es möglich sein wird, die Umlage auf Mineralöl einzuhoben oder nicht. Der Bürgermeister dankt den Mitgliedern des Finanzausschusses, welche in dieser Angelegenheit interveniert haben. Der Bürgermeister theilt ein Schreiben des Herrn Professors Dr. Valenta mit, in welchem derselbe für die tagfreie Ernennung zum Bürger der Landeshauptstadt dankt und den Betrag von 20 fl. für die Armenkasse einsendet. (Bravo.) Schliesslich theilt der Bürgermeister mit, dass Herr Nagali sein Mandat als Gemeinderath niedergelegt habe. GR. Dr. Barnikl beantragt, hievon Kenntnis zu nehmen. (Wird zur Kenntnis genommen.)

Bicebürgermeister Fortuna erbittet sich das Wort zur Stellung eines Dringlichkeitsantrages. Nedner sagt, dass am 3. Juli d. J. die commissionelle Besichtigung des Platzes, auf welchem das I. I. Verar den Schwurgerichtssaal erbauen wolle, stattgefunden habe. Nedner sei als Vertreter der Stadtgemeinde bei der Commission anwesend gewesen und habe seine Bedenken gegen den Bau des Schwurgerichtsaales auf diesem Platz zu Protokoll gegeben. Da der Bau in Kürze beginnen soll, darum stelle Nedner den Dringlichkeitsantrag: Der Bürgermeister wird ersucht, an das hohe I. I. Justizministerium unverzüglich die Bitte zu richten, es möge der projectierte Schwurgerichtssaal nicht neben dem an und für sich nicht mehr entsprechenden sogenannten Inquisitions-hause auf dem Froschplatz erbaut, sondern hiezu ein geeigneterer Stadtteil von Laibach, wo ja kein Mangel an passenden Bauplätzen herrscht, aussersehen werden. — Die Dringlichkeit des Antrages wird ohne Debatte genehmigt.

Bicebürgermeister Fortuna sagt zur Begründung des Antrages, es wäre doch ewig schade, den Schwurgerichtssaal in einer so engen Gasse zu bauen, auf einem morastigen, ungesunden Platz, der außerdem noch so weit vom Mittelpunkte der Stadt entfernt sei. Die Geschworenen verlieren ohnehin schon viel Zeit, nun werden sie einen so weiten Weg machen müssen. Die Geschworenen vom Lande, insbesondere aus Oberkrain, werden nicht zur rechten Zeit eintreffen können. Die Gasse, wo der Schwurgerichtssaal gebaut werden soll, ist kaum drei Meter breit, so dass ein Ausweichen der Wagen sehr schwierig ist. Laibach wird auch durch den Bau des Schwurgerichtsaales in dieser Gasse gar keine Verschönerung erfahren, was sehr leicht zu erreichen und nicht mit grösseren Kosten verbunden wäre, wenn man das Gebäude auf einem anderen Platz erbauen würde. Uebrigens wird die hohe Regierung auf eine unbekünte Erhöhung des Baubetrages nicht sehen, da sie ja anderwärts überall auf die Bedürfnisse und Verhältnisse in den Städten Rücksicht genommen hat. Nedner empfiehlt schliesslich die Annahme seines Antrages.

GR. Dr. Schäffer gibt zu, dass der Platz, wo der Schwurgerichtssaal aufgebaut werden soll, nicht vortheilhaft sei, allein die Angelegenheit befindet sich bereits in einem Stadium, dass eine Petition wenig nützen werde. Der Bau soll in erster Linie als Locale für die Geschworenenverhandlungen dienen. Man müsste nur petitionieren, dass dieser Bau aufgelassen und ein Justizpalast erbaut werden würde, was jedoch keine Aussicht hat. Wollte man aber lediglich nur das Schwurgerichtsgebäude auf einem andern Platz erbauen, dann müsste

Course an der Wiener Börse vom 5. Juli 1882. (Nach dem offiziellen Tagesblatt.)

Staats-Anlehen.	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
Rötenrente	77.05	77.20	5% siebenbürgische	99.—	99.60	Dest. Nordwestbahn . . .	108.50	104.—	Action von Transport-	Südbahn 200 fl. Silber	184.—	184.50
Silberrente	77.70	77.85	5% Temesvar-Banater . . .	97.60	98.50	Siebenbürger 1. Emision . .	92.50	93.—	Unternehmungen	Süd-Nord. Verb. B. 200 fl. G.	152.25	153.—
1854er 4% Staatslofe . .	250 fl.	119.60	5% ungarische	98.25	98.75	Staatsbahn 1. Emision . .	181.—	—	(per Stück).	Leibnitz-Bahn 200 fl. S. W.	247.75	248.25
1860er 4% ganze 500 " . .	130.50	130.75	Donaus.-Lose 5% 100 fl. .	113.75	114.25	Südbahn & 5%	183.60	184.—	Albrecht-Bahn 200 fl. Silber	Tramway-Ges. 270 fl. S. W.	225.40	225.80
1860er 4% Fünftel 100 " . .	135.75	—	bto. Anteile 1878, steuerfrei .	108.60	104.—	Ung.-galiz. Bahn	119.50	120.—	Wg., neue 70 fl.	Transp.-Gesellschaft 100 fl. .	104.—	106.—
1864er Staatslofe	100 "	171.25	172.—	Anteile b. Stadtgemeinde Wien .	103.—	103.20	Diverse Lose	(per Stück).	Aufst.-Eisenb. 200 fl. G.	Turnan-Kralup 205 fl. S. W.	366.—	364.—
1864er 5% 50 "	170	171.—	Anteile b. Stadtgemeinde Wien .	103.—	103.20	Creditlose 100 fl.	178.—	176.50	Böhm. Nordbahn 150 fl. . . .	Welsbahn 200 fl.	182.25	182.50
Com.-Mentenscheine	per St.	34.—	(Silber oder Gold)	—	—	Clarke-Lose 40 fl.	40.75	41.75	Welsbahn 200 fl.	Ung. Nordbahn 200 fl. Silber	164.75	165.25
4% Def. Goldrente, steuerfrei	95.75	95.90	Prämien-Anl. d. Stadtgem. Wien .	126.90	126.30	Döner-Lose 40 fl.	39.25	40.25	Welsbahn 200 fl.	Ung. Welsb.-Raab-Graz 200 fl. S.	168.50	169.—
Deferr. Notenrente, steuerfrei	92.80	92.95	Pfandbriefe	(für 100 fl.)	—	Rudolf-Lose 40 fl.	38.75	39.—	Donau-Dampfschiffahrt - Ges.	—	—	—
5% Schäfcheine, rückzahlbar 1882	—	—	Bobener, allg. österr. 4½% Gold	120.25	120.75	Salm-Lose 40 fl.	20.—	20.75	Österr. 500 fl. G.	559.—	560.—	Eggen und Linzberg, Eisen- und
Ung. Goldrente 6%	120.—	120.15	bto. in 33 Jahren rückl. 5% . . .	—	—	St. Genois-Lose 40 fl.	54.—	54.50	Stahl-Ind. in Wien 200 fl. . . .	164.75	165.25	Stahl-Ind. in Wien 200 fl. . . .
" Papierrente 4%	88.65	88.70	bto. in 50 " " 5%	101.25	101.75	Elisabeth-Bahn 200 fl. G.	212.—	212.50	Eisenbahnm.-Leibn. I. 200 fl. 40%	197.50	198.50	Eisenbahnm.-Leibn. I. 200 fl. . . .
" Eisenb.-Anl. 120fl. S. W. S.	86.90	87.05	bto. in 50 " " 4½%	98.95	99.25	Welsb.-Lose 20 fl.	30.75	31.25	Österb.-Eisenb. 200 fl.	192.—	192.50	Österb.-Eisenb. 200 fl.
" Städte-Prioritäten	135.50	136.—	bto. in 50 " " 4%	93.80	94.30	Welsb.-Tiro. III. 1872200 fl. S.	182.75	183.25	Welsb.-Eisenb. 200 fl.	268.65	—	Welsb.-Eisenb. 200 fl.
" Staate.-Obl. (ung. Östb.)	91.10	91.40	bto. Prämien-Schuldverschr. 3% . . .	99.75	100.—	Ferdinand.-Nordb. 1000 fl. G.	196.50	196.60	Reichs-Ind.-Raab-Graz 200 fl. S.	220.—	221.—	Reichs-Ind.-Raab-Graz 200 fl. S.
" Prämien-Anl. d. 3. 1876	110.60	111.—	bto. Hypothekenbank 10½%	100.25	101.—	Graz-Karl.-Ludwig.-Bahn	316.—	316.50	Graz-Karl.-Ludwig.-Bahn	222.—	223.—	Graz-Karl.-Ludwig.-Bahn
" Prämien-Anl. à 100fl. S. W.	117.50	118.—	bto. Verk. verl. 5%	101.45	101.60	Klagenberg-Eisenb. 200 fl.	149.50	150.—	Deutsche Blätter	58.65	58.95	Deutsche Blätter
" Leibn.-Lose 4% 100 fl.	109.80	110.—	bto. " 4½%	100.90	101.05	Klagenberg-Eisenb. 200 fl.	229.—	230.—	London	120.35	120.55	London
Grundentl.-Obligationen	(für 100 fl. S. C. M.).	—	bto. " 5%	96.15	96.30	Leop. öst. 500 fl. G.	629.—	631.—	Paris	47.85	47.95	Paris
5% böhmische	108.50	—	Prioritäts-Obligationen	(für 100 fl.).	—	Österr. Nordwestb. 200 fl. Silb.	205.75	206.25	Petersburg	—	—	Petersburg
5% galizische	99.80	100.30	(für 100 fl.).	—	—	bto. (lit. B) 200 fl. Silber	234.50	235.—	Ducaten	5.67	5.69	Ducaten
5% mährische	106.—	107.—	Elisabeth-Westbahn 1. Emission . . .	99.75	100.—	Prag-Durc. Eisenb. 150 fl. Silb.	60.50	61.—	20-Francs-Stücke	9.56	9.57	20-Francs-Stücke
5% niederösterreichische	105.50	107.—	Ferdinand.-Westbahn in Silb.	105.50	106.—	Rubols.-Bahn 200 fl. Silber	169.25	169.75	Silber	—	—	Silber
5% oberösterreichische	104.—	—	Franz-Josef-Bahn	103.—	103.30	Unionbank 100 fl.	123.75	124.—	Deutsche Reichsbanknoten	58.85	58.90	Deutsche Reichsbanknoten
5% steirische	104.—	105.—	Galijsche Karl.-Ludwig.-Bahn	100.75	101.—	Berfehrsbank Allg. 140 fl.	144.75	145.25	—	—	—	—
5% kroatische und slavonische	99.—	102.—	Em. 1881 300 fl. S. 4½%	—	—	Staatsfehrsbank 200 fl. S. W.	326.—	326.50	—	—	—	—

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 152.

Donnerstag, den 6. Juli 1882.

(2863-3) Erkenntnis. Nr. 7425.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers hat das f. f. Landesgericht in Laibach als Pressgericht auf Antrag der f. f. Staatsanwaltschaft zu Recht erkannt:

Der Inhalt des in der Nummer 143 der in Laibach in slovenischer Sprache erscheinenden politischen Zeitschrift „Slovenski Narod“ vom 24. Juni 1882 auf der ersten und zweiten Seite unter der Aufschrift: „Izpred porotnega sodišča v Celji“ abgedruckten Artikels begründet in den Abjägen auf der zweiten Seite und zweite Spalte, beginnend mit „Zagovornik g. Leona dr. Mošzagovarja“ und endend mit „v mestni zastopljubljanski“, und auf der zweiten Seite in der dritten Spalte, beginnend mit „Po repliki in dupliku zastopnikov“ und endend mit „kakor o dru. Suppanu“, den Thatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 300 St. G.

Es werde demnach zufolge der §§ 489 und 493 St. P. O. die von der f. f. Staatsanwaltschaft in Laibach verfügte Beschlagnahme der Nummer 143 der Zeitschrift „Slovenski Narod“ vom 24. Juni 1882 bestätigt und gemäß der §§ 36 und 37 des Pressgesetzes vom 17. Dezember 1862, Nr. 6 R. G. Bl. vom Jahre 1863, die Weiterverbreitung der gedachten Nummer verboten, auf Vernichtung der mit Beschlag belegten Exemplare derselben und auf Berstörung des Sappes der beanstandeten Abfälle erkannt.

Laibach am 27. Juni 1882.

(2864-3) Staatsprüfung. Nr. 752.

Die nächste Prüfung aus der Staats-Rechnungswissenschaft wird am 20. Juli 1882 abgehalten werden.

Diejenigen, welche dieser Prüfung sich unterziehen wollen, haben ihre nach den §§ 4, 5 und 8 des Gesetzes vom 17. November 1852 (Reichsgesetzblatt Nr. 1 vom Jahre 1853) instruierten Gesuche bis

längsten s. 17. Juli 1882 an den unterzeichneten Präses einzufinden und darin insbesondere dokumentiert nachzuweisen, ob sie die Vorlesungen über die Staats-Rechnungswissenschaft frequentiert oder, wenn sie dieser Gelegenheit entbehren, durch welche Hilfsmittel sie als Autodidakten die erforderlichen Kenntnisse sich angeeignet haben.

Graz am 29. Juni 1882.
Präses der Prüfungskommission für die Staats-Rechnungswissenschaft:
Anton Ritter von Burger m. p., f. f. Oberfinanzrat.

(2865-3) Nachtrags-Kundmachung. Nr. 11,888.

wegen Wiederbesetzung des erledigten f. f. Tabal-Districtsverlages zu Villach in Kärnten.

Im Nachhange zu der in dem Amtsblatte der „Klagenfurter Zeitung“ vom 16., 17. und 18. Juni 1882, Nr. 136, 137 und 138 enthaltenen Kundmachung, betreffend die auf den 10. Juli 1882 ausgeschriebene Concurrenzverhandlung wegen Neubesetzung des erledigten f. f. Tabal-Districts-

verlages zu Villach in Kärnten wird Folgendes bekannt gemacht:

Indem vom 1. Juli 1882 ab die Engross-Beschleißpreise den Consumenten gegenüber aufgehoben wurden, so wird der infolge dessen den Großverlegern zugehende größere Gewinn nicht ganz den Großverlegern zufallen, sondern nur in Theilbeträgen von 10 bis 30 Prozent, für deren Feststellung vorerst die Ergebnisse der Beobachtungsperiode vom 1. Juli 1882 bis dahin 1883, verglichen mit den Beschleißergebnissen der Periode vom 1. April 1881 bis 30. März 1882, maßgebend sein werden.

Die Bewerber um den Districtsverlag in Villach haben daher in ihren Offerten noch besonders anzugeben, mit wie viel Prozent des von 1. Juli 1882 ab erzielten diesfälligen Mehrgewinnes sie sich zufrieden geben, und dass sie sich sowohl den für das Provisorium (vom 1. Juli 1882 bis dahin 1883) geltenden Bedingungen, als auch den späteren definitiven Maßnahmen zu unterziehen bereit sind.

Als Anhaltpunkt für die abgelaufene, zur Berechnungsgrundlage dienende Zeit vom 1. April 1881 bis hin 1882 wird bekannt gegeben, dass bei dem Districtsverlag in Villach in dieser Periode an die Großconsumenten um 40,707 fl. 14 fr. Tabal-materiale abgegeben wurde, um welchen Betrag unter gleichen Verhältnissen sich künftig der Kleinverkauf heben müsste, wofür aber seitens des f. f. Aerars in keiner Weise eine Garantie übernommen werden kann.

Klagenfurt am 1. Juli 1882.

f. f. Finanzdirection.

(2860-3) Kundmachung. Nr. 2057.

Vom f. f. Bezirksgerichte Ratschach wird bekannt gegeben, dass der Beginn der Erhebungen zur

Aulegung des neuen Grundbuchs bezüglich der Katastralgemeinde Podvorst auf den 10. Juli d. J. hiermit festgesetzt wird, und werden alle jene Personen, welche an der Ermittlung der Besitzverhältnisse ein rechtliches Interesse haben, eingeladen, vom besagten Tage ab sich in der Gerichtskanzlei einzufinden und alles zur Aufklärung sowie zur Wahrung ihrer Rechte geeignete vorzubringen.

f. f. Bezirksgericht Ratschach, am 2. Juli 1882.

(2858-3) Kundmachung. Nr. 4083.

Vom f. f. Bezirksgerichte Krainburg wird bekannt gemacht, dass die Erhebungen zum Gebäude der

Aulegung des neuen Grundbuchs für die Katastralgemeinde Mosche am 12. Juli d. J.,

vormittags um 9 Uhr, in der Gerichtskanzlei begonnen werden, wozu alle Personen, welche an der Ermittlung der Besitzverhältnisse ein rechtliches Interesse haben, erscheinen und alles zur Aufklärung sowie zur Wahrung ihrer Rechte geeignete vorzubringen können.

f. f. Bezirksgericht Krainburg, am 30sten Juni 1882.



Tuberosen-Milch.

Durch den täglichen Gebrauch dieser Milch, aus vegetabilischen und unschädlichen Substanzen zusammengesetzt, wird die Haut weich, samtig und zart, heimatische Flecke, Sommersprossen, Wimmerl, Ausschläge, unnatürliche Röthe verschwinden, zu frühe Falten werden entfernt, und die Haut nimmt allmählich ihre Elasticität und Frische wieder an. In Flaschen à 1 fl.

Aufträge werden prompt gegen Nachnahme des Beitrages effectuert.

(2686) 10-3

(2745-3) Relicitation. Nr. 2268.

Vom f. f. Bezirksgerichte Wippach wird bekannt gegeben:

Es werde auf Grund der §§ 7 und 8 der Licitationsbedingnisse wegen Nichterfüllung der Licitationsbedingnisse die Relicitation des früher dem Franz Stodela von Budanje Nr. 80 gehörig gewesenen, laut Licitationsprotokoll vom 9. September 1881, B.